Demokratie stärken als Aufgabe der Kirche: Analysen und Perspektiven in der Spätmoderne

Vortrag von Thomas Krüger, ehem. Prädident der Bundeszentrale für Politische Bildung zum Empfang des evangelisch-lutherischen Sprengels Osnabrück am 28.Oktober 2026 in St. Marien

Meine Damen und Herren,

wir leben, so scheint es jedenfalls beim morgendlichen Blick in die Presseschau, in einer Gesellschaft der dauererhitzten Gemüter. Wenn Sie heute die Nachrichten einschalten, soziale Medien öffnen oder auch nur am eigenen Küchentisch politisch diskutieren, erleben Sie immer seltener echte Debatten. Sie erleben zunehmend unversöhnliche Grabenkämpfe. Unsere Demokratie wird in der Gegenwart nicht mehr primär mit guten Argumenten verteidigt, sondern von erstaunlich vielen Seiten mit dem digitalen Vorschlaghammer bearbeitet. Manchmal hat man das Gefühl, der gesunde Menschenverstand hat sich kollektiv in den einstweiligen Ruhestand verabschiedet.

Der Soziologe Steffen Mau hat dafür ein ungemein treffendes Wort gefunden: Wir bewegen uns seiner Meinung nach in einer Welt der „Triggerpunkte“. Sogenannte Polarisierungsunternehmer aus dem Netz und von den politischen Rändern verdienen ihr Geld und vor allem ihre digitale Reichweite damit, die Öffentlichkeit im Stundentakt mit künstlich aufgepumpten Erregungsthemen zu füttern. Ob Gendersprache oder Tempolimit – Hauptsache, die Emotionen kochen über, um künstliche Wut zu erzeugen und daraus politisches oder monetäres Kapital zu schlagen. Man könnte auch sagen: Die Aufregung ist das neue Gold, und die Gesellschaft zahlt täglich kräftig und emotional ein – analog und per Mausklick.

Gleichzeitig hat sich die Zivilgesellschaft in eine „Gesellschaft der Singularitäten“ verwandelt, wie es Andreas Reckwitz beschreibt. Die Spätmoderne zwingt das Individuum zu einer permanenten Selbstinszenierung. Früher dagegen in den 60ger und 70ger Jahren war alles noch übersichtlich. Alle wollten einen Fernseher, einen VW und eine Waschmaschine. Heute muss alles einzigartig sein: der Lebensstil, die Ernährung, die Urlaubsfotos und eben auch die ganz persönliche politische Meinung. Das gemeinschaftliche „Wir“ schrumpft im Rekordtempo, während das isolierte „Ich“ vor dem Bildschirm hyperventiliert. Die Kehrseite dieser Hyperindividualisierung ist die akute Krise des Allgemeinen. Das gemeinsame Ganze, das gute alte Gemeinwohl, gerät völlig aus dem Blick. Kulturkämpfe ersetzen den politischen Kompromiss, weil das eigene Ego schlicht keine Abweichung mehr erträgt. Ein Kompromiss gilt in vielen dieser Kreise fälschlicherweise als Schwäche und nicht mehr als die eigentliche, hohe Schule der demokratischen Kunst. Wer nachgibt, verliert – so das traurige Credo der digitalen Arena.

Das Ergebnis dieser Entwicklung ist eine tiefe Entfremdung und eine demokratische Ohnmacht, die Hartmut Rosa als die große Lähmung unserer Zeit beschreibt. Die Demokratie wirkt auf viele Bürgerinnen und Bürger eiskalt, taub und stumm. Und die Soziologin Jutta Almendinger beschreibt messerscharf die soziale Konsequenz: Wir erleben ein massives Auseinanderdriften der konkreten Lebenswelten. Die Milieus begegnen sich schlicht nicht mehr. Die akademisierte, urbane Elite und die Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen leben auf demselben Planeten, aber in völlig unterschiedlichen Welten. Allmendinger warnt vor einer schleichenden „Einsamkeitsepidemie“ und dem Verlust des sozialen Kittes. Wenn Menschen das Gefühl verlieren, Teil einer solidarischen Gemeinschaft zu sein, schwindet ihr Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates. Sie ziehen sich verbittert in das Private zurück – oder sie radikalisieren sich.

Genau in diesem Vakuum der Entfremdung erleben wir gegenwärtig eine hochgefährliche, dramatische Drift: die schleichende Normalisierung und den rasanten Aufstieg rechtsextremer Ideologien. Wir sehen Kräfte, die sich anschicken, tragende Fundamente unseres freiheitlichen Zusammenlebens systematisch zu untergraben. Das ist kein normales, gesundes demokratisches Ringen um die beste Steuer- oder Rentenpolitik mehr, meine Damen und Herren. Wer völkischen

Nationalismus predigt, wer Menschen nach ihrer Herkunft in Kategorien erster und zweiter Klasse einteilt, wer von systematischer „Remigration“ fantasiert und Hass gegen Minderheiten schürt, der verlässt nicht nur den demokratischen und verfassungsrechtlichen Boden. Er verlässt vor allem den ethischen Kern des christlichen Glaubens.

Deshalb ist die klare Distanz der evangelischen Kirche zu dieser Ideologie keine parteipolitische Laune oder das spontane Ergebnis einer synodalen Kaffeepause. Sie ist tief im christlichen Selbstverständnis begründet. Die allererste Seite der Bibel zertrümmert jeden völkischen Rassismus im Keim: Gott schuf den Menschen zu seinem Bilde – jeden Menschen, ausnahmslos, unabhängig von Pass, Hautfarbe oder Herkunft. Diese Gottebenbildlichkeit ist die theologische Wurzel der Menschenwürde. Wer die Würde des Migranten, des Geflüchteten oder des politisch Andersdenkenden angreift, der greift Gott selbst an. Das Evangelium kennt keine völkischen Grenzen. Bei Jesus Christus gibt es kein „Wir gegen Die“ – auch wenn manche das bis heute gerne hineininterpretieren würden.

Aus dieser unumstößlichen Prämisse leitet sich das christliche Engagement für das Gemeinwesen ab. Kirchliche Akteure verteidigen die Demokratie nicht, weil sie sich als verlängerter Arm einer jeweiligen Regierung verstehen – manche Regierende wären darüber wahrscheinlich ohnehin gelegentlich mäßig begeistert, wenn unverblümte Kritik aus den Gemeinden kommt. Sie verteidigen sie vielmehr, weil der freiheitliche Rechtsstaat das einzige politische System ist, das diese gottgegebene Würde des Individuums institutionell garantiert und schützt. Für die Kirche ist das Eintreten für die Demokratie deshalb kein politischer Aktivismus, den man mal als nettes Hobby betreibt – es ist die logische, zwingende Konsequenz des Glaubenszeugnisses in der Welt.

Genau an diesem doppelten Bruchpunkt lässt sich die Brücke schlagen zu den einleitenden Grundartikeln der neuen Kirchenverfassung, die die Landessynode im Mai 2019 beschlossen hat. Das war kein theoretisches Beschäftigungsprogramm für gelangweilte Kirchenjuristen. Als erste Kirchenverfassung überhaupt bekennt sich dieses Dokument explizit zum freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat. Die Landeskirche Hannovers erkennt die staatliche Ordnung an, aber sie benennt im selben Atemzug die unumstößliche Bedingung dafür: einen Staat, der auf der Achtung der Menschenwürde und der Menschenrechte gründet. Das Bekenntnis zu diesem Staat bedeutet zugleich die Übernahme von Mitverantwortung für die Gestaltung des Gemeinwesens. Das ist ein implizit verankerter, verfassungsgemäßer Öffentlichkeitsauftrag, der in Artikel 2 Absatz 3 festgeschrieben ist.

Der Bonner Philosoph Markus Gabriel liefert das intellektuelle Schutzschild für diesen Verfassungstext. Gabriel räumt radikal auf mit dem postmodernen, relativistischen Gerede, dass Werte reine Ansichtssache oder verhandelbare Meinungen seien. Er spricht von „moralischen Tatsachen“. Die Würde des Menschen ist kein Kompromiss, den wir je nach politischer Großwetterlage neu ausfechten oder an der Börse verhandeln können. Sie ist eine Realität. Sie existiert – unverhandelbar und ewig. Und wenn diese moralischen Tatsachen frontal attackiert werden, darf die Institution nicht schweigen. Die Kirche ist schließlich kein unpolitischer Wellness-Club für das Jenseits, der sich nur um das Seelenheil nach dem Ableben kümmert.

Die Landeskirche Hannovers kann und muss genau jene Stimme sein, die laut und unbequem an diese moralischen Tatsachen erinnert. Wenn die Würde von Schwachen, von Geflüchteten oder von Minderheiten im politischen Diskurs verramscht wird, darf kirchliches Handeln nicht im bloßen, lächelnden Moderieren verharren – es verlangt eine unmissverständliche Positionierung! Es gilt, die Gesellschaft aus der künstlich inszenierten Wut zurückzuholen auf den harten, verlässlichen Boden der Menschenwürde.

Aber – und dieses „Aber“ gehört zu einer ehrlichen Betrachtung untrennbar dazu – zu einem glaubwürdigen Eintreten für die Mündigkeit gehört auch die Fähigkeit zur Selbstkritik. Wenn kirchliche Institutionen den Anspruch erheben, an der demokratischen Willensbildung mitzuwirken, müssen sie sich an ihren eigenen Ansprüchen messen lassen. Nur eine Kirche, die den Mut zur permanenten Selbstkorrektur besitzt, kann ein glaubwürdiger Partner der Demokratie sein.

Man erlebt in kirchlichen Apparaten allzu oft eine Diskrepanz zwischen der postulierten christlichen Nächstenliebe und internen, mitunter bemerkenswert bleiernen Machtstrukturen. Wo Partizipation gepredigt, aber hierarchische Absicherung gelebt wird, verliert das kirchlichen Wort an Glaubwürdigkeit. Wo die Aufarbeitung eigener Verfehlungen – sei es im Bereich des Machtmissbrauchs, des Umgangs mit sexualisierter Gewalt oder der Finanzen – zögerlich verläuft, beschädigt die Institution das Fundament, auf dem ihre gesellschaftliche Stimme ruht. Demokratisierung ist eben kein Prozess, den wir nur von den anderen einfordern dürfen; er muss in den eigenen Gemeinderäten, Synoden und Verwaltungen Tag für Tag gelebt werden. Wer im Glashaus sitzt, sollte bekanntlich nicht mit Kirchengesangbüchern oder Steinen werfen.

Wie also lässt sich ein demokratisches System stabilisieren, das an seinen Rändern ausfranst und im Inneren mitunter an Glaubwürdigkeit leidet? Die Antwort liegt in einer Tiefendimension, die Hartmut Rosa gegen die spätmoderne Entfremdung ins Feld führt: das Konzept der Resonanz. In seiner bemerkenswerten Schrift „Demokratie braucht Religion“ zeigt Rosa, dass funktionierende Demokratien Räume benötigen, die eben gerade nicht nach der reinen Logik des Marktes, des Profits oder der puren, technokratischen Effizienz funktionieren. Sie brauchen Orte, an denen der Mensch eine, wie er es nennt, „hörende Herzenshaltung“ erfährt. Resonanz bedeutet: Ich werde gehört, ich antworte, und ich lasse mich vom Anderen verwandeln.

Hier muss man den Blick nüchtern und realistisch weiten: Die Kirche ist heute längst nicht mehr der einzige Ort, der den Menschen Schutz, Halt und Gemeinschaft bietet. Wir leben in einer tief pluralistischen Gesellschaft – und das ist auch gut so. Die kirchlichen Räume existieren heute als ein Ort unter vielen. Aber sie sind freilich ein immer noch großer, bedeutender und strukturell stabiler Raum. Wenn sich die Landeskirche am politischen Diskurs beteiligt, dann tut sie das als Mitgestalterin solcher Resonanzräume. Sie bietet analoge Begegnungsflächen gegen die digitale Isolation. Einen echten Raum, in dem man dem anderen noch in die Augen schauen muss, wenn man ihm widerspricht – was die Hemmschwelle für Beleidigungen erfreulicherweise enorm erhöht.

Denn Demokratiefähigkeit lernt man nicht durch erzwungenen Konsens, sondern ausschließlich durch das schmerzhafte Aushalten von Zumutungen. Dem allgegenwärtigen, oft fast schon neurotischen harmonisierenden Konsensverlangen, das Kontroversen allzu oft im Keim erstickt, gilt es, die produktive Kraft eines konstruktiv verstandenen Dissenses entgegenzusetzen. Lassen Sie es mich so formulieren: Ambiguitätstoleranz darf als eine Form des zivilisierten Kampfsports begriffen werden! Ein lebendiger Dissens ist kein Zeichen des Scheiterns, sondern das absolute Lebenselixier einer pluralen Gesellschaft.

Wenn Foren der Kirche es wagen, unversöhnte Positionen im Raum stehenzulassen, ohne sie künstlich mit einer Decke aus klerikalem Wohlwollen wegzuharmonisieren, wird der Gemeindesaal zum eigentlichen demokratischen Übungsfeld. Das Austragen von Konflikten auf dem Fundament des gegenseitigen Respekts trainiert genau die Widerstandskraft, die eine polarisierte Gesellschaft braucht. Ich weiß wovon ich rede. In den späten 80ger Jahren waren die evangelischen Kirchen in der DDR in genau so einer Situation.

In diesem Gefüge kommt den kirchlichen Trägern der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung eine absolut fundamentale Bedeutung zu. Die Beteiligung kirchlicher Träger an politischer Bildung ist kein optionales Nischenprogramm für ein paar Spezialinteressierte, sondern ein unverzichtbarer Baustein für die Stabilität unserer demokratischen Kultur. Sie verbindet die Vermittlung von politischem Wissen mit ethischer Reflexion.

Gerade weil kirchliche Bildungsträger über jahrzehntelange Erfahrung in der Begleitung von Menschen in Umbruchsituationen verfügen, erreichen sie Milieus, die von rein staatlichen oder akademischen Bildungsangeboten oft nicht mehr abgeholt werden. Sie gießen die abstrakten verfassungsrechtlichen Werte in die konkrete Lebenspraxis des Alltags. Sie sorgen dafür, dass politische Bildung nicht zu einer rein technokratischen Staatsbürgerkunde verkommt, sondern als lebendiger, werteorientierter Prozess gestaltet wird.

Wenn heute so leichtfertig über das angebliche „Heraushalten“ der Kirche aus der Politik gesprochen wird, dann offenbart das im Übrigen nicht selten eine gefährliche historische Amnesie. Man muss sich der historischen Wahrheit stellen: Die evangelische Kirche weiß aus schmerzhafter, eigener Erfahrung, was passiert, wenn sie ihre theologische Urteilskraft verliert und sich dem Zeitgeist einer totalitären Bewegung anbiedert.

Erinnern wir uns an das Epochenjahr 1933. Es dauerte nicht Jahrzehnte, es dauerte keine Jahre – es dauerte kaum ein einziges Jahr, bis die Strömung der sogenannten „Deutschen Christen“ die evangelische Kirche vollständig in die Hände der Nationalsozialisten getrieben hatte. Diese „Deutschen Christen“ gewannen im Juli 1933 die Kirchenwahlen mit überwältigender Mehrheit, weil sie die Institution rassistisch und völkisch gleichschalten wollten. Sie wollten Jesus Christus zu einem „arischen Helden“ umdichten und das Alte Testament aus der Bibel streichen. Es war eine beispiellose, blitzschnelle theologische und moralische Kernschmelze. Die Kirche hatte sich innerhalb weniger Monate selbst entmachtet, weil sie die „Triggerpunkte“ des damaligen Nationalsozialismus bediente, statt auf dem Fundament des Evangeliums zu stehen.

Aus dieser tiefen Katastrophe und Schuld heraus wurde der Widerstand geboren. Im Mai 1934 formulierten mutige Christen die Barmer Theologische Erklärung. In der ersten Barmer These heißt es unmissverständlich, dass Jesus Christus das eine Wort Gottes ist, dem zu gehorchen ist. Und in der fünften These wird geklärt: Der Staat hat die Aufgabe, für Recht und Frieden zu sorgen, und die Kirche erinnert ihn an Gottes Gebot und Gerechtigkeit.

Barmen 1934 war ein radikaler Riegel gegen die totale Vereinnahmung der Kirche – aber es war gleichzeitig das bleibende Mandat, niemals wieder zu schweigen, wenn die Würde des Menschen mit Füßen getreten wird. Barmen lehrt uns: Wenn von der Kirche politische Neutralität gefordert wird, dann kann das nur parteipolitische Zurückhaltung meinen. Es bedeutet aber niemals ethische Neutralität! Gegenüber Rassismus, Antisemitismus und Menschenfeindlichkeit darf es keine neutrale Kirche geben. Das hat die evangelische Christenheit unter Tränen und Schuld gelernt.

Lassen Sie uns daher die Fäden dieses Abends zusammenführen. Wenn wir uns die Analysen der modernen Soziologie, der Philosophie und die schmerzhaften Lektionen der Kirchengeschichte vor Augen führen, wird eines überdeutlich: Die Demokratie leidet nicht an einem Mangel an Paragraphen. Sie krankt an einem Mangel an Beziehungsfähigkeit und an einem Mangel an Mut zur Wahrheit.

Wir haben gesehen, wie künstlich bewirtschaftete Triggerpunkte in die Wut treiben. Wir wissen, wie die Singularisierung das Gemeinwohl schwächt und wie das Auseinanderdriften der Lebenswelten Einsamkeit sät. Wenn der Staatsrechtler Ernst-Wolfgang Böckenförde einst sein berühmtes Diktum formulierte, dass der freiheitliche, säkularisierte Staat von Voraussetzungen lebt, die er selbst nicht garantieren kann, dann wissen wir heute ganz genau, was diese Voraussetzungen sind: Es ist die Fähigkeit, einander zuzuhören. Es ist der Respekt vor universellen, moralischen Tatsachen wie der Menschenwürde. Und es ist die Bereitschaft, das eigene Ego auch mal für das größere Ganze zurückzustellen – eine Eigenschaft, die heutzutage seltener zu finden ist als ein funktionierender WLAN-Hotspot im ländlichen Raum.

Die Botschaft der Kirche muss unüberhörbar sein: Sie bildet einen Resonanzraum, der Entfremdung lindern kann. Sie fungiert als ein Korrektiv gegen die Tyrannei der Singularität, weil am Tisch der Gemeinde oder im organisierten Ehrenamt die akademisierte Elite neben die Diakonie-Pflegekraft rückt und das künstlich getrennte Lebenswelt-Dilemma der Gegenwart ganz praktisch aufgehoben wird. Und sie steht als eine Brandmauer, die die unantastbare Würde des Menschen gegen jeden rechtspopulistischen Angriff verteidigt.

Es empfiehlt sich daher, dem Argument vehement zu widersprechen, Religion solle sich ins rein Private zurückziehen. Eine unpolitische Kirche verfehlt ihren Auftrag vor Gott und den Menschen. Demokratie zu stärken ist kein optionales Zusatzprogramm für Christinnen und Christen. Es ist die praktische Umsetzung des Glaubens – gelebte Nächstenliebe im Gewand des Rechtsstaates.

Wenn wir am heutigen Abend hier im Sprengel zusammenkommen, dann gewinnt diese theologische Notwendigkeit eine ganz konkrete, greifbare Gestalt. Das Thema des Abends lautet „Gesellschaft im Wandel – Bruchlinien und Brücken“. Wo ließe sich tiefer darüber nachdenken als hier bei Ihnen? Schließlich sind „Brücken“ nicht nur für die Friedensstadt Osnabrück historisch und geografisch immer eine gute Idee.

Dieses Motiv schließt wunderbar an das an, was Sie hier im vergangenen Jahr bewegt hat, als Sie unter der Überschrift „Damit aus Fremden Freunde werden“ den Lebensgeschichten von Menschen mit Migrationshintergrund aus dem Lernhaus Osnabrück der Evangelischen Erwachsenenbildung gelauscht haben. Auf der damaligen Einladungskarte war die Kölner Hohenzollernbrücke abgebildet. Ein schönes Bild – auch wenn man sich natürlich kurz fragen durfte, warum ausgerechnet ein Kölner Wahrzeichen als Osnabrücker Brückenbauer herhalten musste. Vielleicht lag es an den tausenden Liebesschlössern, die dort hängen. Man hoffte wohl auf eine ähnlich krisenfeste, eiserne Verbundenheit – oder zumindest darauf, dass die Integration in Niedersachsen etwas reibungsloser funktioniert als der Kölner Nahverkehr.

Aber Spaß beiseite: Die eigentlichen, die wirklich tragfähigen Brücken werden nicht im Rheinland und schon gar nicht auf Fotopapier gedruckt. Sie werden genau hier vor Ort gebaut – wo Menschen den Mut aufbringen, aus ihren singulären Blasen herauszutreten und einander wirklich zuhören.Diese Brückenfunktion ist im heutigen Herbst 2026 dringender denn je. Wir stehen an diesem Abend in einer ganz besonderen zeitlichen Situation: Die Kommunalwahlen in Niedersachsen liegen gerade hinter uns. Die Wahlergebnisse haben uns die gesellschaftlichen Bruchlinien in unseren Städten, Gemeinden und Landkreisen noch einmal schwarz auf weiß vor Augen geführt. Wir sehen die Verschiebungen in den Räten, wir sehen das Erstarken der Ränder und wir spüren die Fliehkräfte, die an der kommunalen Familie zerren.Doch Demokratie erschöpft sich nicht im Akt des Wählens oder im Auszählen von Stimmzetteln. Man könnte auch sagen: Die eigentliche demokratische Arbeit beginnt am Tag nach der Wahl, wenn das ganze bunte Plakatmaterial endlich wieder im Keller verschwunden ist. Gerade jetzt zeigt sich: Wir brauchen keine neuen Mauern der Selbstgerechtigkeit, sondern Foren, in denen Menschen trotz unterschiedlicher politischer Überzeugungen im Gespräch bleiben. Das gilt für die neu formierten Gruppen im Osnabrücker Stadtrat genauso wie für jede Dorfgemeinschaft.

Genau hier liegt die Aufgabe der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers und der 114 Kirchengemeinden dieses Sprengels: die Gräben nach dem Wahlkampf wieder zuzuschütten und neue Resonanzräume des Respekts zu zimmern. Wenn wir heute Abend diesen Raum in Osnabrück verlassen, darf deutlich sein, dass mit der Stimme der Landeskirche im gesellschaftlichen Diskurs fest zu rechnen ist.

Es lohnt sich, in den Gemeinden, in den Nachbarschaften und an den Arbeitsplätzen beharrlich diese Resonanzräume zu bauen. Es gilt, Gesicht gegen die künstliche Wut zu zeigen, die Blasen aufzubrechen und kompromisslos die Würde jedes einzelnen Menschen zu verteidigen. Die Demokratie braucht in diesen Tagen keine feigen, passiven Zuschauer, die darauf warten, ob das System von alleine hält. Sie braucht mutige, streitbare und unüberhörbare Zeugen für Gerechtigkeit und Frieden.

In diesem Sinne, meine Damen und Herren: Kopf hoch und nicht die Hände! Vielen Dank.